

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 30 (1989)
Heft: 19

Artikel: Kann eine Gewerkschaft regieren?
Autor: Gorski, Bohdan
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093699>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kann eine Gewerkschaft regieren?

Nachdem in Polen die Gewerkschaft Solidarnosc sozusagen die Regierungspartei geworden ist, stellt man sich jetzt die Frage, wer von nun an gegebenenfalls die polnischen Arbeiterinteressen gegen die Regierung verteidigen soll. Ironischerweise bieten sich dazu die früheren «offiziellen» Gewerkschaften an, welche seinerzeit als Regimegebilde die Forderungen der Werk tätigen verraten hatten. Jetzt sehen sie eine Chance, sich als eine Art Zweit-solidarnosc zu etablieren.

Die erste Regierungserklärung vom polnischen Ministerpräsidenten Tadeusz Mazowiecki setzte zunächst politische Akzente:

- Staat und Volk dürfen nicht mit einer einzigen Partei und Weltanschauung identifiziert werden.
- Nationale und religiöse Minderheiten sollen so geschützt werden, dass sie sich in Polen ebenso daheim fühlen können wie die Mehrheit.
- Städte und Gemeinden erhalten autonome Rechte und eigene Budgetkompetenzen. Umgekehrt wird die zentrale Verwaltung

In dieser Nummer

Public relations des KGB	4
Sicherheitsdienst hilft Perestrojka	
Schlimmer als Tschernobyl	5
Umwelt in Usbekistan	
Der neue Oberste Sowjet	5
Die Zusammensetzung	
Ostberlins Kalkül – von Budapest durchkreuzt	6
Die DDR liess Fluchtbewegung bewusst zu	
Briefe	7
Wer hat uns aus Bukarest zu Siebenbürgen geschrieben?	
DDR-Drainage und Deutschland	8
Sind nationale Fragestellungen aktuell?	
Hitler-Stalin-Pakt	11
Ein Beitrag von Hans Rychener	
Baltikum und UdSSR	12
Eine geschichtliche Lektion	

von Einzelheiten entlastet, die bloss zu einer Bürokratisierung ohne Nutzwert führen.

Richtlinien des Wirtschaftsprogramms sind Eindämmung der galoppierenden Inflation (wie?), rasche Privatisierung der Wirtschaft und Ankerbelung der Produktion. Das Sanierungsprogramm muss allerdings auf dem Hintergrund akuter materieller Not und einer rasanten Entwertung des Zloty gesehen werden.

Das Ziel der neuen Regierung ist es, einen freiheitlich-sozialen Rechtsstaat mit einer lebensfähigen Volkswirtschaft und offenen Landesgrenzen zu schaffen. Wie steinig der Weg ist, weiss Mazowiecki. Er fügt bei: «Gott wird uns helfen.» Hoffentlich hilft auch der Westen.

In der Regierungsmannschaft von 23 Personen stellt die Solidarnosc 11 Minister plus den Ministerpräsidenten, also die absolute Mehrheit. Das Solidarnosc-Team betrachtet sich als Erbe vom August 1980 und der freien Gewerkschaftsbewegung.

Von den legendären Solidarnosc-Exponenten hat allerdings nur ein einziger einen Regierungssessel erhalten, Jacek Kuron, seinerzeit Mitbegründer der KOR und eine historische Gestalt der Opposition; ihm gab man das Arbeitsministerium. Ihre übrigen Regierungsposten hat die Solidarnosc mit ausgesprochenen Fachleuten von Wirtschaft, Finanzen und Sozialpolitik besetzt. Diese Spezialisten sind innerhalb der Solidarnosc wenig bekannt und bekleideten in der Gewerkschaftsbewegung nur dritrangige Ämter. Offensichtlich findet die Solidarnosc, dass jetzt die heroischen Zeiten vorbei sind und dass man sich mit der Übernahme der Regierungsverantwortung vor allem auf die konkrete Kleinarbeit konzentrieren muss. Fachkompetenzen scheinen jetzt mehr gefragt als kämpferische Qualitäten.

Die Kommunisten stellen in der Regierung eine zahlenmässig kleine Minderheit dar, nehmen aber machtmässige Schlüsselpositionen ein. Warum das unter Berücksichtigung der internationalen Einbettung des Landes eine durchaus vernünftige Lösung ist, wurde in der letzten Nummer dargelegt.

General Czeslaw Kiszczak bleibt als Sicherheitsdienstchef weiter im Amt und wurde darüber hinaus noch zum Stellvertretenden Ministerpräsidenten befördert. Es ist eine eigenartige Situation, dass mehrere der jetzigen Regierungsmitglieder, darunter Mazowiecki selbst, durch Kiszczak im Dezember 1981 ins Internierungslager oder Gefängnis befördert worden waren, aber in Polen gehören paradoxe Situationen zur Normalität.

Im Amt blieb auch General Florian Siwicki als Verteidigungsminister. Die zwei andern Kommunisten in der Regierung sind neu: Franciszek Wieladek als Transportminister und Marcin Swiecicki als Aussenhandelsminister.

Indessen amten die kommunistischen Regierungsmitglieder unter neuen Voraussetzungen und sind sich dessen bewusst. Insbesondere hat General Kiszczak, der alte und neue Innenminister, gleich von Beginn an eine Umwandlung seines Departementes in Aussicht gestellt. Die politische Überwachung von Gewerkschaften, Kirche, Intellektuellen, Wissenschaftlern, Künstlern und nationalen Minderheiten wird eingeschränkt bis eingestellt. Briefkontrolle, Abhöraktionen und andere Massnahmen der sogenannten technischen SD-Abteilung bleiben nur für Fälle von strafrechtlicher Relevanz zulässig. Damit verliert der Sicherheitsdienst seine Kompetenzen zur Gesinnungsüberprüfung der polnischen Bürger und wird auf normalstaatliche Funktionen reduziert.

Oder fast. Vorderhand bestehen bleiben die paramilitärischen SD-Spezialeinheiten der ZOMO, der seinerzeitigen Schlägertruppe des Regimes zur Bekämpfung der Opposition, für die Polen immer noch ein Symbol gewaltsamer Repression. Kiszczak und das konservative Lager haben «grundsätzlich» auf der Weiterführung dieser Truppe bestanden, und die Solidarnosc wollte den darüber ausgebrochenen Streit beenden. Einstweilen reduziert man die ZOMO-Bestände von 14 000 auf 5000 Mann, und das Traktandum ist auf unbestimmte Zeit verschoben worden.

Kann die Regierung bei ihrer schwierigen Aufgabe, das Land neu zu gestalten, mit einer Schonfrist für die nächste Zukunft rechnen? Leider nein, und das hat damit zu

tun, dass die Solidarnosc von der Entwicklung in die eigentlich gewerkschaftswidrige Rolle der Regierungsverantwortung gedrängt wurde, bevor sich neue politische Parteien etablieren und regierungsfähig werden konnten.

Die erste Kampfansage ist, wiewohl von der Öffentlichkeit kaum beachtet, schon erfolgt, und zwar durch die früheren offiziellen Gewerkschaften. Deren Chef Alfred Miodowicz, ein kommunistischer Funktionär, nannte am 6. September den Vorschlag von Lech Walesa, der neuen Regierung eine streikfreie «Atempause» von sechs Monaten zu gewähren, eine «Utopie» und fügte hinzu: «Selbstverständlich werden wir die Streikenden unterstützen.»

Zwei Tage später doppelte das Exekutivkomitee jener Gewerkschaften mit einem Beschluss nach, in welchem es hiess: «Die Entwicklung im Lande steuert auf einen neuen Ausbruch des gesellschaftlichen Protestes zu, der unsere Unterstützung finden wird.»

Natürlich ist es widerlich, dass ausgerechnet ein Vertreter jener Partei, welche die Arbeiterproteste jahrzehntlang niedergeknüpelt hat, sich jetzt anmass, sozusagen in die frühere Rolle von Solidarnosc zu schlüpfen, um den polnischen Neubeginn zu sabotieren. Aber von der moralischen Frage abgesehen, sind die objektiven Umstände geeignet,



Der richtige Mathe-Helfer in Inflationszeiten: «Kannst du mir die Multiplikationstabelle erklären?» («Express Wieczorny», Warschau, 4. 9. 1989)

einer demagogischen Sabotageaktion zum Erfolg zu verhelfen. Das Szenario könnte so aussehen: Dank der tatsächlich vorhandenen Wirtschaftsmisere und den tatsächlich vorhandenen Gründen zum Arbeiterprotest gelingt es Miodowicz und Komplizen, grosse soziale Unruhen anzuheizen. Dann würde Präsident Jaruzelski das Parlament auflösen und zum diktatorischen Regierungsstil zurückkehren. Sicher würde das nachher auch keine Perspektive haben, weder eine sozialistische noch eine andere, aber inzwischen wäre eine Chance vertan. Das ist eine echte Drohung.

Nun braucht man die Machenschaften von Alfred Miodowicz und seinen Gefolgsleuten nicht im geringsten zu entschuldigen, um zu erkennen, dass die neue Doppelrolle der Solidarnosc ihren Teil dazu beiträgt, die Ausgangslage zu verdüstern. Wie kann sie die Forderungen der Arbeiterschaft an die Regierung vertreten, wenn sie selbst die Regierung stellt?

Auch durchaus solidarnoscfreundliche Polen sagen heute, die gelogene Identität von Führung und Proletariat habe man jahrzehntlang gehabt und müsse sich davor hüten, sie unter neuer Farbe wieder aufzutischen. Diese Warner empfehlen der Solidarnosc, unter neuem Namen eine politische Partei zu bilden, welche die Regierungsverantwortung trage, während die Solidarnosc mit ihrem angestammten Namen weiterhin die gewerkschaftliche Basis in den Betrieben bilden sollte, mit genügender eigener Aktionsfähigkeit, um der Regierung als selbständiger Partner und positiver Opponent gegenüberzutreten zu können. Schliesslich sei eine Gewerkschaft ihrer eigenen Natur gemäss ein Anwalt der Arbeiterklasse und nicht die Entscheidungsinstanz über das Geschick des ganzen Landes, und wenn sie ihre Advokatenrolle mit der Richterrolle verwechsle, verrate sie ihren Auftrag.

Natürlich sind solche Ratschläge heute leichter zu geben als zu befolgen. Die Solidarnosc ist ohne jede Absicht zum Doppelspiel in ihre heutige Position gedrängt worden, weil ihr überwältigender Wahlerfolg von diesem Frühling nach politischen Konsequenzen verlangte. Wenn es nach dem ursprünglichen Fahrplan gegangen wäre, den man bei den Gesprächen am runden Tisch ausgehandelt hatte, hätten neue politische Parteien vier Jahre lang Zeit gehabt, sich zu bilden und nach völlig freien Wahlen dann eine neue Regierung zu stellen, während die Solidarnosc das geblieben wäre, was sie geworden war: eine Gewerkschaft und eine gesamtpolnische Bewegung dazu.

Die meisten Polen verübeln der Solidarnosc ihren heutigen Zustand keineswegs; sie haben schliesslich selber durch ihren Wahlerfolg dieses Resultat herbeigezwungen. Aber manche Polen finden, dass sich die Solidarnosc jetzt dem Thema ihrer neuen Identität stellen sollte, statt es nicht wahrnehmen zu wollen. ■

LIEBE LESER

Vor zwei, drei Jahren nannten die höchsten sowjetischen Neugestalter, und insbesondere Michail Gorbatschow selbst, ihre Perestrojka gern eine Revolution. Damit betonten sie stolz das Ausmass und die Tiefe der Veränderungen, die sie einführten und weiterhin zu führen gedachten. Den Wunsch, dass die «Revolution von oben» möglichst durch eine Revolution von unten ergänzt werde, den äusserten sie durchaus und verspürten ihn wahrscheinlich sogar. Nur eben so: Die gewöhnlichen Leute unten sollten an der oben erworbenen Einsicht teilhaben und aktiv mitmachen, immer in diesem Sinne. Dass die Bürger von oben bis unten, vom russischen Zentrum bis zu den nichtrussischen Peripherien, in einem andern Sinn aktiv werden könnten, das war nicht die Vorstellung, nicht einmal dann, wenn man sich für den Meinungspluralismus aussprach und ihn mittels der Glasnost «verwirklichte», das heisst zuließ. Der Pluralismus war, genauso wie das Prinzip der Glasnost selbst, zunächst bloss instrumental gedacht. Er sollte vielfältige Kräfte freilegen zum grossen Aufbruch, sicher, aber immer in die gewünschte Richtung und immer unter der als selbstverständlich vorausgesetzten Kontrolle durch die Führung. Ähnlich gemeint war auch die «Demokratisierung», ein neuer Vorgang, gewiss, aber nichtsdestoweniger ein gelenkter und lenkbarer Vorgang.

Die oben angelassene Perestrojka hatte ihre Widersprüchlichkeiten, sogar enorm viele, aber in ihrer Eigenschaft als Alternative wurde sie einheitlich gesehen, als unabdingbare Abkehr zur sogenannten Stagnation zuvor, zum Spätstadium einer abgenutzten Diktatur, die jede Zukunftsperspektive verloren hatte. «Entweder machen wir im alten Stil weiter und geraten unausweichlich immer tiefer in die Krise, oder wir nehmen die gesamthafte Neugestaltung in die Hand, wirtschaftlich, politisch, gesellschaftlich. Einen andern Weg gibt es nicht.»

So lautete die Losung, und sie war insofern falsch, als es zur geübten Ordnung nicht nur den Gegensatz der einen führungsbestimmten Perestrojka gibt, sondern beliebig viele Gegensätze. Und je echter Pluralismus und Demokratisierung wurden, desto mehr griffen ihre theoretischen Möglichkeiten in die praktische Wirklichkeit. Die herbeigewünschte Revolution von unten setzte richtig ein, aber eben nicht nur als Unterstützung der Revolution von oben. Heute nennt man die Perestrojka nicht mehr so gern eine Revolution. Dafür ist sie es zu sehr geworden.

Christian Brügger